

Einzelplan Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Uwe Schwarz:

Anrede,
die Haushaltsberatungen konnten im Fachausschuss zügig erfolgen. Das hatte zwei Gründe. Erstens die gute Vorbereitung durch die Fachabteilung und die zügige Nachlieferung der erbetenen Unterlagen. Dafür meinen herzlichen Dank.

Zweitens: In einer Zeit, in der die Folgen der Weltwirtschaftskrise erstmalig im Haushalt deutlich werden und die Spaltung der Gesellschaft sich vertieft, braucht Niedersachsen einen grundlegenden und nachhaltigen Perspektivwechsel in der Sozialpolitik. Davon ist dieser Sozialhaushalt weit entfernt. Vielmehr ist er das exakte Spiegelbild der Arbeitsweise der Sozialministerin: Ideenlos, konzeptlos, lustlos, keines der drängenden Probleme wird wirklich angepackt.

In der Niedersächsischen Sozialpolitik ist nicht Schlafwagen angesagt, sondern ICE. Steigen Sie endlich um, Frau Ministerin. Auf Dauer wird auch ihr Pressesprecher aus Stroh nicht Gold machen können.

Da behaupten Sie bei der Haushaltseinbringung, die Landesregierung habe tiefe Einschnitte in den Ressorthaushalt vermieden. Diese Aussage ist falsch.

Globale Minderausgabe

Obwohl der Sozialetat nur 13 % am Gesamthaushalt ausmacht, muss er mit über 29 Mio. € erneut allein 30 % der Globalen Minderausgabe erwirtschaften - und das geht nun seit 2007 so.

Warum? Weil Sozialpolitik in dieser Landesregierung und in der Koalitionsfraktion keinerlei Stellenwert hat.

29 Mio. € Kürzungen im Nachhinein sind 40 % Ihrer freiwilligen Leistungen (v. 72 Mio. €). 2008 = z.B. Minus 3 Mio. € für die Pflege, 3 Mio. € für die Krankenhäuser, 13 Mio. € im Städtebau und Wohnungswesen.

Sie täuschen also bewusst die Öffentlichkeit. Spätestens wenn das Kabinett Anfang Januar in Klausur geht, hat der heute beratene Haushalt allenfalls noch Altpapierwert.

Krankenhäuser

Nehmen wir die Krankenhäuser. In unserem ländlich strukturierten Bundesland ist eine qualifizierte, wohnortnahe Krankenhausversorgung unverzichtbar.

Trotzig erklärt die Ministerin: „Die Krankenhausfinanzierung bleibt ein Schwerpunkt der Landesregierung und es gibt sogar 15 Mio. Euro mehr“.

Das ist eine wirklich ganz dreiste Nummer von Volksverdummung.

Niedersachsen ist in Wirklichkeit mit großem Abstand Schlusslicht aller Bundesländer (150 Mio. €). Seit Amtsantritt der Regierung Wulff sind die jährlichen Investitionsmittel für unsere Krankenhäuser drastisch zurückgefahren worden. Zwischenzeitlich haben wir bei den Krankenhäusern einen Investitionsstau von über 1 Mrd. €.

Der NBank, die das Landesprogramm abwickelt, streichen Sie sogar über 24 Mio. € für die Tilgung der Kredite. Dadurch provozieren Sie 82 Mio. € zusätzliche Zinsbelastungen. 82 Mio. €, die für die Krankenhäuser vor Ort fehlen - das ist unseriöse Haushaltspolitik von der ganz schlimmen Art.

Die angeblich 15 Mio. mehr (Bettenpauschale) sind in Wirklichkeit unterm Strich 9 Mio. weniger.

Dafür schreibt Ihnen der LRH ins Stammbuch: „Alle Bundesländer bis auf Niedersachsen änderten inzwischen die landesgesetzlichen Regelungen zur Krankenhausförderung. Gleichwohl legt das Ministerium entgegen wiederholter Ankündigungen (seit 2003) bisher keinen Gesetzentwurf zur Änderungen der Krankenhausförderung vor“.

Das ist eine schallende Ohrfeige erster Klasse. Unsere Krankenhäuser bluten in der Substanz aus. Das ist das Ergebnis Ihrer Krankenhauspolitik. Handeln Sie endlich, Frau Ross-Luttmann!

Jugendpolitik/Kinderschutz

In der Kinder- und Jugendpolitik sieht Ihre Bilanz nicht besser aus.

Die Ministerin erklärt immer: „Kein Kind darf verloren gehen“. Da sind wir uns einig. Aber ob und wie viele Kinder verloren gehen, dafür müssen andere sorgen, vornehmlich die Kommunen.

Verbindliches Einladungswesen

Vier Jahre (seit 2006) haben Sie gebraucht, um endlich ein Gesetz für Einladungen zu Kindervorsorgeuntersuchungen zu verabschieden. Dabei hätten Sie nur noch bei den anderen Bundesländern abschreiben müssen, die wesentlich bessere Gesetze haben.

- Sie hingegen kippen den Jugendämtern 300 Adressen vor die Tür, unterstellen Kindeswohlgefährdung und schlagen sich dann in die Büsche.
- Sie reden von Erziehungslotsen, bezahlen dürfen die Kommunen oder „Hoch lebe das Ehrenamt“.
- Sie loben zu Recht die Bedeutung der Familienhebammen für den Kinderschutz, aber zahlen dürfen die Kommunen. Fragen Sie doch mal den Landrat in Ihrem eigenen Landkreis Rotenburg/Wümme, warum es dort noch keine Familienhebammen gibt.
- Sie wollen eine Verordnung zur Weiterbildung für Familienhebammen, das unterstützen wir, aber notwendige Finanzmittel im Haushalt: Fehlanzeige.

Der Gipfel jedoch ist: Wer sich im Haushalt den Abschluss des Kapitels Jugendhilfe, Kinder- und Jugendschutz, Gender Mainstreaming (S. 188) ansieht, der stellt fest: Ausgabe 2009 = 10,2 Mio. €, 2010 = 7,8 Mio. €. Das sind 25 % weniger! Das ist die Realität Ihrer Jugendpolitik - eine einzige Bankrotterklärung.

Wir haben vor wenigen Wochen erneut unser Kinderschutzgesetz eingebracht. Wir wollen mit unserem 15 Mio. €-Kinderschutz-Programm **u.a.**

- **verbindliche Vorsorgeuntersuchungen,**
- **flächendeckend Familienhebammen,**
- **50 Familienzentren als Anlaufstelle,**

und zwar finanziert aus Landesmitteln.

Das geht durch problemlose Umschichtung aus dem „Programm Familie mit Zukunft“. Obwohl Sie dieses 20 Mio.-Programm den Kommunen wie sauer Bier aufdrängen, sind Sie 2007 lächerliche 2 Mio. € losgeworden und 2008 waren wieder 9 Mio. € über. Zwischenzeitlich ist das die Verfügungskasse des Sozialministeriums, wenn es um die Verteilung von pressewirksamen Wohltaten geht.

Wenn es aber um 1,5 Mio. € für ein Schulobstprogramm für unsere Schulkinder geht, dann haben Sie kein Geld. Das macht deutlich, wessen Geistes Kind diese Landesregierung wirklich ist, wenn es um konkreten Gesundheitsschutz für Kinder geht.

Leukämie in der Elbmarsch

Das gilt übrigens auch für die Häufung von Kinderleukämiefällen in der Elbmarsch. Seit Mitte 2006 liegen dazu Anträge im Landtag, diverse Anhörungen von Wissenschaftlern hat es gegeben. Immer mit dem gleichen Ergebnis. Es gibt diese Häufung von Kinderleukämie in der Nähe von Kernkraftwerken. Andere Ursachen sind dafür nicht erkennbar und erklärbar. Wissenschaftler machen deutlich, dass hier eine politische Entscheidung notwendig ist. Wieso müssen eigentlich betroffene Eltern die Ursachen für die schwere Erkrankung ihrer Kinder klären und nicht die mächtige Kernenergielobby nachweisen, dass sie nicht der Verursacher ist.

Wir fordern die Umkehr der Beweislast zu Lasten der Kernkraftwerksbetreiber. Machen Sie nach vier Jahren endlich den Weg frei für eine Entscheidung des Parlaments zum Wohle der Kinder.

Frauen

Vergangenes Jahr hat der Landtag die Durchsetzung des Frauenwahlrechtes vor 90 Jahren durch die SPD gewürdigt. Nächstes Jahr werden wir dann der Abschaffung einer eigenständigen Frauenabteilung durch die Niedersächsische Frauenministerin gedenken können. Aus Sicht der CDU/FDP-Koalition ist es nur folgerichtig, ein eigenständiges Frauenressort aufzulösen und im Schoße des Familienreferates anzusiedeln.

Seitdem Frau von der Leyen 2005 in Niedersachsen die hauptamtlichen Frauenbeauftragten abgeschafft hat, ist die scheinbare Gleichberechtigung für Frauen unter dieser Landesregierung auf die Gewaltbekämpfung gegen Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen reduziert worden.

Die geplante Kürzung von Maßnahmen gegen Frauengewalt konnten die Koalitionsfraktionen gerade noch verhindern. Das war es dann aber auch.

Im September erklärte Frau Ross-Luttmann: „Qualifizierten Frauen kommt eine Schlüsselrolle bei der Beseitigung des Fachkräftemangels zu“. Vier Wochen später reduzierte dieselbe Ministerin die Mittel für die Integration von Frauen in das Erwerbsleben um 14 % (von 2,2 Mio. € auf 1,9 Mio. €, S. 58)).

Entweder weiß die Ministerin nicht, was ihr Pressesprecher erklärt oder die Ministerin kennt ihren Haushalt nicht. Glaubwürdigkeit jedenfalls sieht anders aus.

Dabei ist gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern immer noch eine Illusion. Noch heute verdienen Frauen in Niedersachsen rund 25 % weniger als Männer. Für die SPD ist das im 21. Jahrhundert völlig unakzeptabel.

Im Ergebnis werden überwiegend Frauen von Altersarmut betroffen. Durch die konsequente Ablehnung von Mindestlöhnen verschärft diese Landesregierung die Situation von Frauen noch zusätzlich.

Wir wollen ein Qualifizierungs- und Beratungsprogramm für Frauen, damit **Frauen endlich mehr Führungsfunktionen übertragen werden** – ohne auf Familie verzichten zu müssen. Dafür setzen wir 1 Mio. € in den Haushalt.

Ihre Rückkehr zum Adenauerschen Familienbild braucht diese Gesellschaft hingegen nicht.

Politik für die ältere Generation

„Die Landesregierung baut ihren erfolgreichen Weg im Bereich der Seniorenpolitik weiter aus“, so die Ministerin.

Welcher Weg und vor allem welches Konzept?

Da gibt es das Niedersachsenbüro „Neues Wohnen im Alter“ und immer neue Servicebüros. Was für Frau von der Leyen die Mehrgenerationshäuser waren, sind für Frau Ross-Luttmann die Servicebüros für Senioren - in erster Linie ein günstiges Instrument der Öffentlichkeitsarbeit. Bei der Inflation von Beratungs- und Servicebüros blickt ohnehin kaum noch jemand dran lang, schon gar nicht die Betroffenen.

Immerhin: 2009 im Wohnungsbau ein Aufzugsprogramm mit 19 geförderten Aufzügen landesweit. Alle Achtung!

Bei der Erledigung der schwerwiegenden Probleme hingegen taucht Frau Ross-Luttmann vollständig ab:

- Nichts zur zunehmenden Altersdiskriminierung (alle unsere Anträge abgelehnt, aber keine eigenen),
- Nichts zur Bekämpfung der Altersarmut

Aber vor allem ihr katastrophales Versagen in der Altenpflege.

Pflege

Unter dieser Landesregierung ist **Niedersachsen nun seit Jahren bundesweites Schlusslicht in der Altenpflege.**

220.000 Pflegebedürftige in Niedersachsen, 2020 = 280.000, 2050 = 400.000.

Die Unruhe nimmt rasant zu:

- 2008 „Pflegealarm-Kampagne“ der Caritas,
- 2009 Hilferufe der AWO und Diakonie

Die Diakonie fordert:

- Anpassung der niedersächsischen Pflegevergütung auf das Durchschnittsniveau der anderen Länder,
- Aus für Dumpinglöhne,

- Einführung eines Mindestlohns, die Diakonie spricht von 10,50 €/Std..
- Ende der Tariffucht und des ruinösen Preiskampfs auf dem Rücken der Mitarbeiter und Pflegebedürftige.

Wir verzeichnen zunehmenden Fachkräftemangel und viel zu wenig Nachwuchs in der Altenpflegeausbildung.

Wir benötigten 2000 AltenpflegeschülerInnen pro Jahrgang, tatsächlich haben wir lt. Ministerium zurzeit 1530.

Und die Antwort der Landesregierung:

- 2003 Abschaffung von Investitionskostenzuschüssen in der stationären Pflege,
- 2009 Ablehnung der Öffnung für Hauptschüler in der Altenpflege im Bundesrat,
- Ablehnung im Bundesrat von Mindestlöhnen,
- 2010 Kürzungen für die ambulante Pflege um 20 %.
- Seit 3 Jahren sind Sie nicht in der Lage, das in ihrer Verantwortung liegende Heimgesetz (Fachkräftequote, alternative Wohnformen, Heimaufsicht) dem Landtag vorzulegen.

Diese Regierung handelt verantwortungslos und provoziert einen dramatischen Pflegenotstand in der Zukunft!

Damit nicht genug: Tränenrührig überreicht die Ministerin 2008 in der Weihnachtszeit symbolträchtig ein 10 Mio. € schweres Pflegepaket.

12 Monate später ist davon kein einziger Punkt umgesetzt.

Die versprochenen 10 Mio € sind zwischenzeitlich auf 8,3 Mio. € geschrumpft. Und wo kommen die her? Zu 100 % aus Ihren Kürzungen in der ambulanten Pflege. Im Klartext: Auf dem Rücken von Pflegekräften und Pflegebedürftigen in der ambulanten Pflege wird das Pflegepaket finanziert. Das ist ein ganz erschütternder Taschenspielertrick.

Eins wird immer deutlicher: Die Zukunft der Altenpflege ist eine der größten sozialpolitischen Herausforderungen, aber diese Ministerin ist dieser Aufgabe überhaupt nicht gewachsen, meine Damen und Herren.

Armut

Sie ignorieren den Armutsatlas der Paritäten und reden die gestern veröffentlichten Armutszahlen schön. Dabei verfestigen sich die Zahlen auf hohem Niveau. 17,4 % leben unterhalb der Armutsgrenze! Dabei sind die Folgen der Wirtschaftskrise noch nicht berücksichtigt. Vor allem Alleinerziehende, Kinder und Geringqualifizierte sind immer stärker betroffen. Armut hat in Niedersachsen zusehends ein Kindergesicht. Eine gute Bildungspolitik wäre die beste Armutsbekämpfung, doch da versagt diese Landesregierung kläglich. Allein mit der Abschaffung der **Lernmittelfreiheit haben Sie die** Kinderarmut noch verschärft.

Heimkinder

Die Ministerin ist nach wie vor die ungekrönte Königin, wenn es um die Erfindung neuer Preise, Wettbewerbe oder Runder Tische geht. Nur bei dem vom Parlament eingesetzten Runden Tisch zur Aufarbeitung von schlimmen Schicksalen der Heimkinder in Niedersachsen blockieren und bremsen Sie von Anfang an. Seit 17.6.2009 hat dieser

Arbeitskreis erst ein einziges Mal getagt (5. Oktober), die nächste Sitzung ist für Ende Februar 2010 vorgesehen. Sie verspielen leichtfertig das in uns alle gesetzte Vertrauen der ehemaligen Heimkinder, die zunehmend ärgerlicher werden.
So, Frau Ministerin, geht auch das nicht.

Abschluss

Die Bugwelle weiterer unerledigter Themen im Sozialministerium wird von Jahr zu Jahr gigantischer:

- Sozialberichterstattung: seit 3 Jahren werden Wohlfahrtsverbände hingehalten,
- Gleichstellungsgesetz für Frauen: seit 4 Jahren nicht beraten,
- Umsetzung Urteil des Staatsgerichtshofes zu ehemaligen Landeskrankenhäusern. Nur so nebenbei, unsere Akteneinsicht hat deutlich gemacht, dass die Fachaufsicht des Ministeriums eindeutig versagt hat , vor allem bei Ameos in Hildesheim,
- Novelle der Bauordnung: Seit 5 Jahren bekommen Sie noch nicht einmal so ein lächerliches Detail wie die Pflicht von Rauchmeldern in Wohnungen geregelt.
- Konzept in der Kinder- und Jugendpsychiatrie: fehlt seit Jahren
- Überprüfung des Nichtraucherchutzgesetzes, lt. Gesetzesvorgabe bis Ende des Jahres: Vorlage nicht in Sicht
- und nicht zuletzt das von der CDU auf Bundesebene angerichtete Chaos bei der zukünftigen Betreuung von Arbeitslosen in Arbeitsgemeinschaften oder Optionskommunen.

Immer mehr Menschen in Niedersachsen zahlen einen hohen Preis für Ihr Zaudern, Zögern und Nichts vom Tisch Bekommen, Frau Ministerin.

Diese Menschen haben gerade in der Krise eine andere, eine überzeugende und durchsetzungsfähige Sozialpolitik verdient.

Dafür wird die SPD kämpfen, darauf können Sie sich verlassen.
